

Der Fall Zollitsch.

Staatsbürger zweiter Klasse.

Die Disziplinierung des Oberpostassistenten Zollitsch zeigt klar, wie es in Zukunft mit den Beamtenorganisationen und den Beamtenfachblättern gehalten werden wird. Wie künden bereits vor einiger Zeit einen Entwurf an, der zum Ziele eine Beamtenföderation hätte und die freie Willensmeinung befruchtigen sollte. Damals wurden Stimmen laut, die das Vorhandensein eines solchen Gesetzentwurfes für unmöglich erklärten.

Der Prozeß Zollitsch zeigt, wie die Postbehörde denkt. Gegen Organisationsangelegenheiten und Redaktionsarbeit der Beamtenfachblätter, die sie in vielen Fällen nicht zu dulden will, sind die aufgestellten Behauptungen anzustellen lassen will. Sie hielt sich dadurch, daß sie anordnete, daß die Organisationsbeamten und Redakteure der Fachblätter aktive Staatsbeamte sein müssen und hielt sich vornehmlich damit, daß sie die Vorfindenden der Verbände schon jetzt für den Inhalt der Verbandszeitung verantwortlich macht.

Man will sogar weiter gehen und in Zukunft nur noch Verbände zulassen, die statutenmäßig die Verantwortung für die Verbandszeitungen übernehmen. Die Folge wird sein: die Verbandszeitungen werden eingehen, denn die Stelle von reinen Verbandsorganen einzunehmen, haben sie nicht nötig bei der Menge amtlicher Verbandsliteratur.

Die Disziplinierung des Herrn Zollitsch reicht sich, wie wir bereits betont haben, vorwiegend dem Vorgehen des Oberverwaltungsgerichts gegen den Bürgermeister Dr. Schilling an. Ein Beamter mit einer tadellosen Laufbahn wird strafbar, weil im Organ seines Verbandes einige Artikel erschienen sind, die als unzulässige Kritik an der Hofverwaltung angesehen wurden, während der gewöhnliche Menschenverstand nichts dergleichen Anstoßes an ihnen zu erheben vermag. Nach diesem Urteil hat es sich nicht nur die Hofverwaltung, sondern auch die Beamtenverbände zu erheben, die sich in Verbindung gebracht werden könnte; ihnen ist der Mund zu gebunden, und ihre Organisationen, die doch zur Wahrung der eigenen Berufsinteressen geschaffen sind und daher langsam, beschränkt kritizieren müssen, wenn sie ihren Daseinszweck erfüllen wollen, sie sind zu einem Affekt ohne Klinge degradiert.

Die Beamten werden durch das Urteil in ihrer künftigen Gefühl befähigt werden: wir sind Staatsbürger zweiter Klasse. Das natürliche Recht eines jeden Menschen, und wird es verläumet. Die staatliche Gewalt, die in der Tat bei der totalen Zensur und Handlungsweise verstrickt werden können. Die „Kritik“ schreibt zu dem Fall: Auch das Verfahren gegen Herrn Zollitsch mußte sich künstlich zu gebrechen und gehalten werden, daß man sich ein schweres Dienstvergehen angedenkt konnte. Wie wir hören, hat selbst die Postbehörde bei der mündlich gehaltenen Beamtenversammlung zugehört, daß eigentlich zum Einverständnis keine Möglichkeit gegeben sei, man wollte sich ursprünglich damit begnügen, dem Angeklagten das „ernste Mißfallen“ auszusprechen.

Mit dieser milderen Auffassung konnten sich aber die dem Fühlen und Denken einer von Befolgungsfähigen erfüllten mittleren Beamtenkategorie völlig fernstehenden, weltfremden Disziplinarrichter nicht befriedigen, sie haben in dem kritischen Urteil eine Unbotmäßigkeit und fürchteten für die dreimal gefällte Disziplin. Diese Herren können sich nicht vorstellen, daß es Disziplin geben kann, auch wenn der Beamte ein kräftiges Wort der Kritik sich gefallen darf.

In unfernen Beamtenrecht herrscht eine Eingeborgtheit und Autorität, die die Staatswohl geradezu gefährlich ist. Man erreicht durch solches Verfahren Marionetten, Leute, die in wildem Zorn die Faust in der Tasche halten, aber nicht freie, offene Mäuler, die ihr Vaterland lieben müssen, weil dessen Institutionen ihnen Licht und Luft und Recht aufkommen lassen.

Wir erwarten, daß der Fall Zollitsch in den Parlamenten eine anregende und für die Bureaucratie nicht gerade schmeichelehafte Besprechung zeitigen wird.

Die erste Rede des neuen Kanzlers.

Wie die „N. G.“ mittelt, wird der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg nach dem Zusammenritt des Reichstages, der Ende November erfolgt, als einer der ersten Redner das Wort ergreifen und in ausführlichen Darlegungen die „großen Richtlinien“ seiner Politik mitteilen und damit zur Diskussion stellen. Dabei dürfte der Kanzler irgend welche Parteikonstellationen nicht vorgezogen, auch bestimmte Gruppierungen der Parteien werden empfohlen nicht stattfinden. Ob er vielmehr alle bürgerlichen Elemente „zu positiver Arbeit“ miltönen sein und von ihm ausdrücklich dazu eingeladen werden. In der auswärtigen Politik dürfte die bisher innegehaltenen Bahnen auch von dem neuen Kanzler als die bescheidendste, auf denen er den Reichstagen weiter vorwärts zu lenken beabsichtige.

Die „positive Arbeit“ der bürgerlichen Parteien kommt man genaugend aus den Klodiaten. Soll das Glend wieder von vorn anfangen?

Unter sozialdemokratischer Herrschaft

Nicht jetzt der Meinungsänderung. Wie schon gemeldet wurde, eroberten die Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen zwei Sitze, so daß sie im neuen Landtag von 24 Sitzen 9 im Besitz haben. Nach Wähler 9 der allerdings recht alten Landtagsgeschichtsbildung gehört zur Selbstfähigkeit die Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder. Dennoch ist es nicht mehr möglich, ohne den Willen der

Sozialdemokraten ein Gesetz anzunehmen. Denn sobald diese aus Opposition den Saal verlassen, ist das Gaus nicht beschlußfähig, da im günstigsten Fall nur 15 bürgerliche Abgeordnete anwesend sind.

Zum Direktor des Sanftbundes, das heißt zum Geschäftsführer, ist der Oberbürgermeister Herr J. B. Böhren in Potsdam gewählt worden. Herr Böhren hat sich die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung noch vorbehalten; die Potsdamer Stadtvorordneten sollen bereits beschließen haben, ihm für den Fall des Ablehnens das Gehalt von 5000 Mark zu zahlen. — nach seinem Ausscheiden längerer Jahre hindurch Direktor und Justizrat einer großen Mannabteilung mit dem Sitz in Wien. Er wurde dann ein gründlicher Studienrat am Oberlandesgericht in Breslau, trat 1895 in den Justizdienst zurück und wurde Amtsrichter am Landgericht Oppeln. Darauf ging er nach Breslau über und verließ ihn bis zum Jahre beim Reichsversicherungsamt in Berlin. Am 25. Mai 1906 erfolgte seine Wahl zum Oberbürgermeister von Potsdam, das er auch im Verlaufe vertritt.

Eine Ministerkrise in Oesterreich

Nicht wieder einmal bevor. Das österreichische Abgeordnetenhaus ist gestern auf unbestimmte Zeit verlagert worden. Der Präsident teilte mit, daß die nächste Plenarsitzung auf schriftlichem Wege einberufen werde. Wie weiter aus Wien berichtet wird, handelt es sich um die Verlegung der Sitzungen des Abgeordnetenhauses in die bevorstehende Hofburg. Die Ministerkrise über die Verlegung der Sitzungen der Abgeordneten in die Hofburg hat den vier deutschen Kronländern als Bundesparlament die sofortige Demission der tschechischen Minister zur Folge gehabt. Während der Pause in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird wegen des böhmischen Landtages verhandelt werden. Sollten diese Konferenzen ergebnislos bleiben, wird die Verlegung des Hauses bis Ende November dauern. Eine Krise des Gesamtministeriums wird vorläufig nicht erwartet.

Die passive Weidung soll binnen kurzem in böhmischen Eisenbahndienst aufgenommen werden. Nach einer Mitteilung der „Prager Narodny Listy“ beschloß die tschechische Eisenbahndirektion und Beamten als Protest gegen die angebotene nationale Zurücklegung die passive Weidung für den Winter. Die Postwagenstellen sollen zum Anschlag betrogen werden.

Ein neues Pulver. Der kaiserliche Artillerieverwaltung ist es, wie der „Pariser „Gazette“ meldet, gelungen, ein Schießpulver herzustellen, das außerordentliche Widerstandsfähigkeit gegen die Einwirkungen von Hitze, Feuchtigkeit, Licht und Versäure Werten aufweist. Das bisher benutzte, das leicht entzündende Pulver B soll abgelehnt werden.

Über den unpolitischen Sieg bei der Erziehung in Süd-London, dessen Bedeutung wir bereits erwähnt haben, heißt sich, wie aus London berichtet wird, der englische Schachspieler Lloyd George in einem Londoner Morgenblatt dahin aus, daß die Erziehung seine Ansicht über die Stellung des Landes zur Substanz in seiner Weise vertritt. Für den Fall der Annahme des Budgets durch die Lords werde die Opposition zweifellos irgendeine andere Anstrengung machen, um eine Gesetzes- oder Flottenpolitik vorzuzulassen, in der Absicht, die Regierung in unnotige, unverantwortliche Ausgaben zu stürzen.

Zur Neuregelung des Mittelschulwesens

Schreibt man und: Seit einiger Zeit beschäftigt sich die Unterrichtsverwaltung mit der Frage der anderweitigen Organisation der Mittelschulen, der Aufstellung eines neuen Organisationsplans für diese Anstalten und einer Verbesserung der Lehrerberechtigungen der Mittelschullehrer. Diese Fragen sollen gemeinsam gelöst werden. Sie hatten deshalb eine Zielsetzung gehabt, weil man erst die endgültigen Beschlässe zum Lehrerberechtigungsgebot abwarten wollte, um danach die Gehaltsfrage der Mittelschullehrer zu regeln. Die Regelung der Lehrerberechtigungen der Mittelschullehrer wird Gegenstand eines Gesetzentwurfes sein, doch läßt sich noch nicht angeben, wann ein solcher Entwurf dem Landtage zugehen wird. Die anderen Fragen brauchen der gesetzlichen Regelung nicht unterworfen zu werden, sie werden im Verlaufe der Verhandlungen erledigt.

Auch die Fragen der Beschäftigung von Volksschullehrern an Mittelschulen und der Aufsicht über die Mittelschulwesen gehören in dieses Gebiet. Die Unterrichtsverwaltung ist beabsichtigt, den Lehrplan der Mittelschulen so zu gestalten, daß die Schüler später auf höhere Schulen übergehen können, was besonders im Interesse der Wohnort kleinerer und mittlerer Städte liegt, die ihre Kinder dann länger im Hause behalten können und sie erst im reiferen Alter in die Pension schicken. Auch die Berechtigungsfrage der Mittelschullehrer wird hierbei in Betracht gezogen werden. Diese Frage ist besonders schwierig, da man einverleibt, was die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst anbelangt, die Mittelschüler den sogenannten Rekruten für gleichfalls kann, wenn man an Rekruten und Rekruten derselben Anforderungen stellt, andererseits eine Entlastung der höheren Schulen von Schülern, deren Ziel nur die Erwerbung des Militärdienstes ist, sehr zu wünschen wäre, auch im Interesse der Überforderung mancher neuwilligen Lehrenten.

Neue Kämpfe im Yemen. Eine in Konstantinopel eingetroffene Depesche des Wats von Yemen meldet, zwischen Seidich und Suleich habe ein Kampf stattgefunden, wobei Suleich den Sieg davongetragen hat. Die Kämpfe seien nach großen Verlusten für Suleich.

London, 29. Oktober. In der Vorwahl hier heute während eines Zweiparteiwahlkampfes, „Donnerstag“ zusammen und wenig später die Wahl. Das Wahlergebnis zeigt, daß nur wenig ge-

Der Schlapphut des Ministerpräsidenten.

Das erste radikale Kabinett.

Zu dem Rücktritt des neuen demokratischen Kabinetts in Dänemark sind Kopenhagen 29. Oktober berichtet: Der neue Ministerpräsident Jørgen hat von sämtlichen Herren, die in sein Ministerium eingetreten sind, verlangt, daß sie alle etwaigen privaten Erwerbsgegenstände, die sie bisher betrieben haben, niederlegen. Dies ist geschehen und von allen Seiten mit großer Begeisterung begrüßt worden. Auch konservative Blätter geben an, daß das neue demokratische Kabinett über sehr tüchtige Kräfte verfügt. In erster Reihe wird als eine politische Persönlichkeit von hervorragenden Fähigkeiten der Finanzminister Dr. E. Brundage genannt. Das jüngste Mitglied des Kabinetts ist der erst zweiunddreißigjährige Minister des Auswärtigen, S. Scavenius. Dieser war einige Jahre lang Legationssekretär bei der dänischen Gesandtschaft in Berlin. Von dort aus wurde er nach Kopenhagen berufen, um die Leitung einer Abteilung im Ministerium des Auswärtigen zu übernehmen. Hier hat Herr Scavenius eine so eminente Tätigkeit bewiesen, daß man sein Bedenken getragen hat, ihm die Leitung des auswärtigen Ministeriums anzuvertrauen. Der neue Ministerpräsident Herr Jørgen selbst die Leitung des Justizministeriums übernommen. Dies wird als eine recht beachtenswerte politische Demonstration, nämlich als untrügendes Zeichen der nahe bevorstehenden gründlichen Erneuerung des dänischen Staates, angesehen. Das neue Kabinett im Ministerium der Finanzen, die die Mitglieder der einen erannenen neuen Regierung vom „Wolke“ trennte. Die neuen Herren wurden alle bei ihrer Ankunft mit kleinen Blumen empfangen, empfingen Glückwünsche von Journalisten, Reichstagsmitgliedern, Abgeordneten und Rednern und meistens Sanktionen, nach links und nach rechts ohne Aussehen der Partie. Als Herr Jørgen ankam, stellte man ihm eine Krone auf den Kopf, einen Zylinderhut, sondern einen weißen Schapphut. Diesen hatte er, wie er mittelste, auch bei der Audienz im Schloß Frederiksberg getragen; der Schlapphut ist nun einmal der „Uniformhut“ des radikalen Ministerpräsidenten. Als Herr Jørgen die zweite Treppe zu dem oberen Wandelgang sich hinunterbewegte, wurden die jungen Journalisten, die elektrische Licht- und Fernsprechanlagen aus dem Kabinettgebäude, drehte sich um, nahm den Hut lüchlich ab und benetzte. „Es freut mich, daß frühere Freikämpfer mich in dieser Weise ehren.“ Der Ministerpräsident war in seinen jungen Tagen Mitarbeiter an der Zeitung „Politiken“.

Der Handreich von Salamis.

Ueber die Meuterei des Kapitän Zypados

Nach der gestrigen Sitzung der griechischen Deputiertenkammer der im Reichspräsidenten Maromichalis eingehende Erklärungen ab. Aus Athen wird über die Sitzung berichtet: Der Ministerpräsident Maromichalis erklärte, während der Verhandlung über die Meuterei des Kapitän Zypados, die Gerechtigkeit sei die revolutionäre Bewegung sehr beschränkt; nichts dergleichen sei die Sache anormal. Die Regierung, die sich mit der Reform aller Zweige des öffentlichen Lebens beschäftigt, erklärte der Ministerpräsident, konnte auch die Meuterei nicht vernachlässigen. In angebrachte und unangenehme Ereignisse, die er nicht haben aber eine Lage geschaffen, die zu dem Umsturz der bestehenden Ordnung hinführt. Ich bin gezwungen, zu erklären, daß die Regierung erst entschlossen ist, die Verhältnisse des Gesetzes nach jeder Richtung hin wiederherzustellen. Wenn die Offiziere einen Ort zum ihren Vorgehen berichtet worden, so haben sie Zeit, sich wieder auf sich zu besinnen.

Thalhis verlangte Auffklärung über Mitteilungen verschiedener Blätter, wonach die Deputierten Staats- und Alexander den Kapitän Zypados zur Empörung veranlaßt haben sollen. Die beiden Deputierten stellten diese Behauptung energisch in Abrede und verlangten eine Untersuchung. Oberst Dimitris labale bestig die aufeinanderfolgenden revolutionären Ereignisse und verlangte die Bezeugung mit aller Strenge unterdrückt werde. Unter großer Unruhe wurde die Sitzung aufgehoben.

Nach der Kammer Sitzung wurde an die Abendzeitungen ein halbamtliches Communiqué abgegeben, in dem erklärt wird, daß die von Zypados angezettelte Bewegung sich in engen Grenzen halte und daß die Regierung entschlossen ist, dem Gesetze Achtung zu verschaffen.

Ueber die Meuterei liegen uns noch folgende Mitteilungen vor: London, 30. Oktober. Bei dem gestrigen Geschäftsgang der Kreuzfahrern Flotte mit den revolutionären Meuterei aus Athen zufolge zwei Mann der Flotte verurteilt. Wie hoch die Verluste bei den Meutereien sind, ist nicht bekannt. Ein Torpedobootführer der Meuterei ist außer Geleht gesetzt worden, ein zweiter ist in der Richtung nach Genua verhaftet worden, ein dritter war vor Poree angekommen, lebte aber um, da er ferndlich empfangen wurde. Die Flotte freugt vor dem Pirat.

London, 30. Oktober. Dem Ministerium wurde aus Athen gemeldet: Trotz des amtlichen Communiqué, daß das Arsenal wieder im Besitz der Regierung sei und man die Kapulation der Torpedoboots erwartete, geht hier das Gerücht, die Torpedoboots beschlagnahmten eine Fahrt nach Athen, um dort in Athen heranzuziehen.

London, 30. Oktober. Der „Daily Telegraph“ erhält folgendes Telegramm aus Athen: Man weiß noch nicht, ob die Meuterei bei dem Zusammenstoß mit den regierungstreuen Schiffen Verluste gehabt haben. Man glaubt, daß Zypados und seine Anhänger nach Verdrüß abgegangen sind. Der König und die Königin